



ZUR PERSON

Evelyn Korn (47) ist Professorin für Volkswirtschaftslehre und seit April 2016 Vizepräsidentin für Studium und Lehre der Philipps-Universität. Sie lebt und arbeitet seit 2004 in Marburg. Zuvor habilitierte sie in Tübingen in Betriebswirtschaftslehre im Fach Controlling. Die gebürtige Bochumerin studierte und promovierte in Dortmund. Ihre volkswirtschaftliche Doktorarbeit schrieb sie zu Entstehung und Organisation der Familie mit einer Analyse von Datensätzen aus anthropologischen Feldstudien. „Wieviel Männer sollte eine Frau heiraten?“ lautete eine ihrer Fragen. Sie konnte zeigen, dass die in einigen Hochtälern des Himalaya entwickelte Tradition, dass eine Frau mehrere Männer heiratet, ökonomisch zu begründen ist. „Für alle Beteiligten ist das nicht angenehm“, fasst sie zusammen. Evelyn Korn ist verheiratet und Mutter eines 15-jährigen Sohnes. Nach ihrer halbjährigen Elternzeit habe sie stets ganztätig gearbeitet.



Evelyn Korn ist Professorin für Wirtschaftswissenschaften und Uni-Vizepräsidentin in Marburg. Foto: Rolf K. Wegst

ZUR PERSON

Prof. Dr. Miriam Beblo ist angewandte Mikroökonomin mit den Themenschwerpunkten Arbeit und Familie. Sie hat die Professur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Arbeitsmarkt, Migration, Gender am Fachbereich Sozialökonomie der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften inne. Sie ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Bei der DFG-Fachkollegienwahl 2015 wurde sie in das Fachkollegium Wirtschaftspolitik und Finanzwissenschaft gewählt.

HINTERGRUND

Bis 1983 lag der Frauenanteil im Deutschen Bundestag unter 10 Prozent. Seitdem ist er stetig gestiegen und hat mit 36 Prozent seinen Höchststand erreicht. In Deutschland sind Frauen in höchsten Regierungsämtern vertreten, seitdem mit Elisabeth Schwarzhaupt 1961 zum ersten Mal eine Frau auf einen Bundesministerposten rückte (für Gesundheitswesen).

DAS THEMA

FRAUENQUOTEN IN DER POLITIK

Freiwillige Quote verändert Frauenbild

Ökonomin Evelyn Korn erforscht, welche Regeln die Haltung gegenüber Politikerinnen verändern

Auch wenn das mächtigste politische Amt in Deutschland von einer Frau ausgeübt wird: Die Bundesrepublik befindet sich im Mittelfeld, was die positive Haltung gegenüber Politikerinnen angeht.

von Anna Ntemiris

Marburg. „Dein Stimmzettel ist ungültig, wenn du eine Person zweimal oder zwei männliche Bewerber wählst.“ Dieser Hinweis stand jüngst auf den Wahlzetteln der Grünen-Mitglieder, die an der Ur-Wahl zu den Spitzkandidaten für die Bundestagswahl teilnahmen. Unter den vier Bewerbern war von vornherein klar, dass Katrin Göring-Eckardt als einzige Frau ungeachtet des Wahlergebnisses im Rennen bleibt.

„Die Grünen“ waren 1986 die erste Partei in Deutschland, die eine Frauenquote einführt. 50 Prozent der Listenplätze gehen an Frauen. Mittlerweile haben in Deutschland auch die SPD, die Linke und die CDU eine Quote. Dennoch: „Deutschland liegt keineswegs an der Spitze, was politische Repräsentanz von Frauen angeht“, sagt Professorin Evelyn Korn. Die Wirtschaftswissenschaftlerin und Uni-Vizepräsidentin forscht mit der Hamburger Sozialökonomin Professorin Miriam Beblo über die Auswirkungen von Quoten in der Politik.

Bangladesch hatte erste gesetzliche Frauenquote

Als Ökonomin wählt sie einen quantitativen Ansatz zur Untersuchung des politischen Systems und wertet statistische Daten mithilfe eines institutionenökonomischen Modells aus. Die Fakten laut Korn: 36 Prozent der Bundestagsabgeordneten sind Frauen. Auch wenn mit Angela Merkel (Foto: dpa) als Bundeskanzlerin eine Frau an der Spitze des mächtigsten politischen Amtes steht, sei das nicht besonders ausschlaggebend. Denn: „Ministerinnen gibt es nur wenige.“ Unter den 15 Ministern sind fünf Frauen. „Die Skandinavier sind weit vor uns“, sagt Korn. Schweden ist Spitzenreiter mit 43,6 Frauen im Parlament. Die Norweger liegen bei fast 40 Prozent.

Auch bei der Einführung frauenfördernder politischer Instrumente ist Skandinavien führend: So wurde in Norwegen 1975 als erstem Land eine (freiwillige) Geschlechterquote in einer politischen Partei eingeführt. Korn ist Institutionenökonomin, fragt welche Regeln welchen Effekt haben. „Institutionen haben eine Bedeutung. Informelle Regeln prägen“, sagt sie. Korn und Beblo forschen über die Regeln, die dahinter stecken, wenn Frauen in der Gesellschaft als Politikerinnen wahrgenommen und akzeptiert werden. Das Fazit der Wissenschaftlerinnen: Frauenquoten in Parteien können die Einstellung in der Gesellschaft verändern. „Ausschlaggebend sind zwei Aspekte gemeinsam. Zum einen haben nur freiwillige Quoten einen Effekt auf Einstellungen – gesetzlich vorgeschriebene Quoten zeigen diesen Einfluss nicht“, sagt Korn. Sie ergänzt: „Ein zartes Pflänzchen für die Thematik muss in der Gesellschaft bereits vorhanden sein. Außerdem muss die Quote auch zu einer tatsächlichen



Aus vier mach zwei: Der Bundesvorsitzende Cem Özdemir (alle Bündnis 90/Die Grünen, von links), die Fraktionsvorsitzenden Katrin Göring-Eckardt und Anton Hofreiter sowie der schleswig-holsteinische Umweltminister Robert Habeck kandidierten für die Spitzenplätze zur Bundestagswahl. Dass die einzige Frau ins Rennen geht, stand aufgrund der Parteienquote von Anfang an fest. Die Mitglieder stimmten mehrheitlich für Özdemir als männlichen Bewerber. Foto: Peter Steffen

Sichtbarkeit von Frauen in den Parlamenten führen.“

Dass eine gesetzlich festgeschriebene Frauenquote in Parlamenten nicht zwangsläufig dazu führt, dass das Volk Frauen als genauso gute Politiker einschätzt wie Männer, zeige sich beispielsweise in den ehemaligen Ostblock-Ländern. Sobald die Systeme zerbrochen und die im Sozialismus eingeführten Quoten weggefallen seien, habe es weniger Frauen in Spitzenpositionen gegeben und die Bevölkerung habe Frauen nicht zugetraut, dass sie genauso gute Politiker seien wie Männer.

Die erste gesetzlich verankerte Geschlechterquote wurde laut Korn 1972 in Bangladesch eingeführt. „Dort sind 15 der 315 Parlamentssitze für Frauen reserviert worden, die Literatur hat allerdings eher zu der Einschätzung gefunden, dass dieses Vorgehen Frauen in der Politik in Bangladesch weiter marginalisiert hat.“ Auch in Brasilien habe die gesetzliche Geschlechterquote keinen Effekt, im Gegenteil: es gebe Gestaltungsmöglichkeiten, um die Quote de facto zu umgehen. „Die erklärende Variable sind freiwillige Parteiquoten“, so Korn.

Denn in Ländern wie Deutschland, in denen es freiwillige Parteienquoten gibt, gibt es bereits eine Parteienquoten gibt, gibt es bereits eine Gruppe (die Parteimitglieder), die keinen oder weniger Geschlechterunterschiede sehen; mit der Quote strahlt diese Einstellung auf andere Mitglieder der Gesellschaft aus.

Die Forschungsfrage des Projekts könnte auch in der Politikwissenschaft oder anderen Gesellschaftswissenschaften angesiedelt sein. „Die Methodik, die wir angewandt haben, ist aber eine ökonomische“, erklärt die Marburgerin. In einer internationalen Studie wurden Männer und Frauen befragt, wie sie die politischen Fähigkeiten von Frauen einschätzen. 300 000 Antworten aus 197 Ländern liegen vor. Die von Beblo und Korn ausgewerteten Befragungen wurden im Zeitraum von 1999 bis 2014 in vier Runden im sogenannten „Word Value Survey“ (weltweite Werte-Erhebung) durch-

geführt. Dieser zählt zu den umfangreichsten Umfragen über menschliche Werte. Er ist ein langfristig angelegtes akademisches

Projekt von internationalen Sozialforschern, um den Status von soziokulturellen, moralischen, religiösen und politischen Werten verschiedener Kulturen der Welt zu ermitteln. So ist eine der Aussagen, der Teilnehmer der Studie auf dem Fragezettel „zustimmen“, „teilweise zustimmen“ oder „nicht zustimmen“. „Männer sind bessere politische Führungskräfte als Frauen“.

Die Einschätzungen zu dieser Aussage wurden dann in Verbindung mit den Geschlechterregeln gebracht. Je nachdem wie lange die Befragten mit diesen Regeln aufwuchsen, waren die Antworten unterschiedlich. Eine Wirkung der Regeln auf die Haltung zur politischen Befähigung von Frauen ließ sich dort ausmachen, wo Frauen als Po-

litikerinnen sichtbar sind. Dies lässt sich daran messen, dass der Anteil weiblicher Parlamentarier über einer bestimmten Grenze – zum Beispiel 20 Prozent – liegt. „Dass die Akzeptanz weiblicher Politikerinnen in der Gesellschaft steigt, je mehr Frauen im Parlament sind, muss nicht zwangsläufig so sein“, erklärt Korn. Die Studie belege allerdings, dass dies so sei, wenn gleichzeitig eine Quotenregelung existiere. Ein weiterer Effekt, ganz unabhängig von Quoten, hat sich ebenfalls gezeigt: Je jünger die Befragten waren, desto mehr waren sie bereit Frauen als Spitzenpolitikerinnen zu akzeptieren.

Korn möchte die Fragestellung gern erweitern, das Thema auf die Haltung von weiblichen Führungskräften in der Wirtschaft ausdehnen. Noch fehlt es an Datensätzen über die geplante Aufsichtsratsquote für Frauen. Wenn die Quote kommt, werde sich die Haltung in Deutschland gegenüber weiblichen Aufsichtsräten ändern, erwartet Korn. Aber auch bei diesem Thema blickt sie nach Skandinavien, wo es schon länger Aufsichtsratsquoten gibt.



Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) vor einer Sitzung des Bundeskabinetts in Berlin. Foto: Bernd von Jutrczenka



Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) bei einem Besuch im Irak. Foto: Michel Kappeler